

Presseaussendung:

Ablehnung des Einspruchs durch das Landesverwaltungsgericht

Wie hat die Bürgerinitiative „Lebensraum Oberes Drautal“ die gerichtliche Entscheidung gegen den Einspruch aufgenommen?

Selbstverständlich respektieren wir die gerichtliche Entscheidung. Die Dauer und umfangreiche Abhandlung des Gerichtes zeigen jedoch, dass dieses Projekt aber nach wie vor auf sehr „wackeligen“ Beinen steht. Viele unserer weiteren Kritikpunkte sind nicht ausreichend in diese Entscheidung eingeflossen.

Wie wird die BI nun weiter vorgehen?

Wir werden darüber beratschlagen, ob wir den rechtsstaatlichen Weg in die oberste Instanz - dem Bundesverwaltungsgericht - weiter gehen werden. Eine offene Frage ist dabei die Finanzierung der hohen Kosten für die gerichtliche Vertretung.

Kann die Landesregierung bereits jetzt mit den Ablöseverhandlungen beginnen?

Ja. In weiterer Folge ist es für uns jedoch nicht nachvollziehbar, wie wir über den Verkauf verhandeln sollen. Nach wie vor fehlen für die Grundstücksbesitzer und Anrainer Informationen über die Detailplanung und demnach wieviel Grund und Boden verloren geht! Wir erwarten daher nach wie vor eine sachlich geführte Informationsveranstaltung, um über alle Details informiert zu werden.

Werden sie ein Enteignungsverfahren anstreben, falls es zu keiner Einigung mit der Landesregierung kommt?

Wir haben auf diese Frage derzeit noch keine Antwort, aber um ein Gefühl für unsere Lage zu vermitteln, stellen wir eine Gegenfrage:

Wie würde es ihnen gehen, wenn der potentielle Käufer ihres Grundstücks sie öffentlich als Lügner und Betrüger hinstellt, ihnen in die Projektunterlagen keine Einsicht gewährt, alle Gesprächsangebote ausschlägt, die touristische Wirtschaft aufs Spiel setzt und sämtliche wissenschaftliche Erkenntnisse zu Klima- und Umweltschutz ignoriert?

Glauben Sie, dass es noch zu einem Bau der B100 kommt, unabhängig von der Variante?

Das hoffen wir natürlich, denn das Ortszentrum von Greifenburg benötigt eine dringende Entlastung. Die Landesregierung scheint jedoch keine Sofortmaßnahmen zur Entlastung der betroffenen Bürgerinnen zu setzen, um so den Druck auf alle Beteiligten zu erhöhen. Wir fordern daher die Landesregierung auf, die derzeit belasteten AnrainerInnen aus dieser "politischen Geiselhafte" zu entlassen und sofort umfangreiche Maßnahmen zu setzen. Selbst wenn heute mit dem Bau der Umfahrung begonnen werden würde, würde die Fertigstellung erst in vielen Jahren erfolgen.

Während dieser Zeit würden sich die Verkehrsprobleme auf der alten B100 durch das steigende Verkehrsaufkommen jedoch weiter verschärfen!

Welche Sofortmaßnahme sollten Ihrer Meinung nach umgesetzt werden?

Ein LKW-Transitverbot an der gesamten B100, eine ausgeweitete Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h im gesamten Ortsbereich Greifenburg inklusive Kontrolle, eine schnellere und intensivere Schneeräumung, die uneingeschränkte Kontrolle von Schneekettenpflicht für LKWs. Und natürlich eine Verbesserung des öffentlichen Verkehrs im Oberen Drautal.

Können Sie die Ungeduld der jetzt direkt betroffenen Anrainer verstehen?

Vollkommen, was wir auch von Anfang an immer wieder zu verstehen gegeben haben. Leider bemerken wir, dass aber einige unser Vorgehen nicht verstehen können, oder wollen. Wir glauben aber, wären diese betroffenen GreifenburgerInnen in unserer Lage, würden sie genau gleich handeln wie wir.